Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen (15. Ausschuß)

über die von der Bundesregierung vorgelegte Verordnung über die Senkung von Abschöpfungssätzen bei der Einfuhr von geschlachteten Gänsen

— Drucksache V/7 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Serres

Die vorliegende Verordnung ist in der 10. Sitzung des Bundestages am 2. Dezember 1965 dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen federführend und dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mitberatend überwiesen worden.

Durch die Entscheidung der Kommission der EWG vom 7. September 1965 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 155 vom 18. September 1965) ist die Bundesregierung — wie schon in den Jahren 1962, 1963 und 1964 — ermächtigt, die Abschöpfungsbeträge für geschlachtete Gänse zu verringern. Dadurch soll die seit Inkrafttreten der EWG-Marktordnung für Geflügel eingetretene Verteuerung gemildert und eine entsprechende Senkung der Verbraucherpreise für Gänse, insbesondere in der Weih-

nachtszeit, erreicht werden. Mit der vorliegenden Verordnung nutzt die Bundesregierung die ihr gewährte Ermächtigung, die in Artikel 3 und 4 der EWG-Verordnung Nr. 22 (Geflügelfleisch) vorgesehenen Abschöpfungsbeträge für Einfuhren von geschlachteten Gänsen je nach Zubereitungsart zu senken, aus. Nach den Vorschlägen der Verordnung verringert sich der Abschöpfungsbetrag um 39,70 DM bzw. 38,30 DM je 100 Kilogramm. Diese Verringerung muß nach Artikel 5 Abs. 2 der EWG-Verordnung Nr. 22 des Rats der EWG gegenüber allen Ländern der Gemeinschaft vorgenommen werden.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dem Bundestag, der Verordnung zuzustimmen.

Bonn, den 8. Dezember 1965

Dr. SerresBerichterstatter

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen, der Verordnung — Drucksache V/7 — unverändert zuzustimmen.

Bonn, den 8. Dezember 1965

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

Kurlbaum

Dr. Serres

Geschäftsführender Vorsitzender

Berichterstatter

angenommen in der 12. Plenarsitzung am 9. Dezember 1965